

# Neuer Weg

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SED FÜR FRAGEN DES PARTEILEBENS Nr. 18/1965

## Höhere Verantwortung der Abgeordneten — enge Verbindung mit den Wählern

Von EDITH BRANDT, Mitglied des ZK der SED und 1. Sekretär der Kreisleitung Wittenberg

In wenigen Wochen werden mehr als 210 000 Abgeordnete in die örtlichen Volksvertretungen gewählt. Viele von ihnen üben bereits seit Jahren diese verantwortungsvolle Tätigkeit aus. Unter ihnen sind Zehntausende Mitglieder unserer Partei, die in hohem Maße die politische, ökonomische und geistig-kulturelle Entwicklung in ihrem Wirkungsbereich beeinflussen und zu echten Vertrauensleuten der Bevölkerung geworden sind.

Sie alle haben in enger Zusammenarbeit mit den Volksvertretern der in der Nationalen Front vereinigten Parteien und Massenorganisationen dazu beigetragen, daß heute den staatlichen Organen in den Kreisen, Städten und Gemeinden größere Vollmachten für die Leitung und Durchführung der örtlichen Planaufgaben übertragen werden konnten und selbständige Entscheidungen auf der Grundlage der Gesetze und Verordnungen von ihnen gefordert werden.

Auf der 19. Sitzung des Staatsrates der DDR erinnerte Genosse Walter Ulbricht in seinem Schlußwort daran, daß die Grundrichtung der staatlichen Entwicklung in unserer Republik auf dem VI. Parteitag durch das Programm des Sozialismus gegeben wurde. Die auf dieser Staatsratssitzung beschlossenen neuen demokratischen Maßnahmen sind also ein weiterer Schritt zur Verwirklichung der Beschlüsse des VI. Parteitages. Im Programm wird auf die höheren Anforderungen an die Verantwortung der Volksvertretungen und ihrer Räte hingewiesen, die ihnen aus den Aufgaben beim umfassenden Aufbau des Sozialismus erwachsen. „Die Einbeziehung breitesten Kreise des Volkes in die leitende Tätigkeit des Staates“ — so heißt es dort — „dient der Vervollkommnung der Tätigkeit der Volksvertretungen. Hierzu gehören solche Fragen wie der Ausbau des Wahlsystems, die Erneuerung von wenigstens einem Drittel der Abgeordneten bei jeder Wahl, die gewissenhafte Erörterung der prinzipiellen Fragen des sozialistischen Aufbaus und der nationalen Politik, der Entwürfe wichtiger Gesetze und Beschlüsse durch das Volk. Ferner gehören hierzu der Ausbau der Volkskontrolle, die Erweiterung des Kreises der zu wählenden Staatsfunktionäre und ihre Rechenschaftspflicht sowie vielfältige weitere Formen der Mitwirkung der Bürger bei der Lösung staatlicher Aufgaben, wie ehrenamtliche Kommissionen, Frauenausschüsse, Elternbeiräte, Ständige Produktionsberatungen, Konfliktkommissionen usw.“

Auf diesem vom VI. Parteitag gewiesenen Weg sind wir bereits ein großes Stück vorangekommen. Heute vereinigen sich im Tätigkeitsbereich unserer Volksvertretungen in weit höherem Maße zentrale und örtliche Aufgaben,